

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

## AD-HOC-DELEGATION FÜR MOLDAWIEN

5. und 6. Juni 2002

### *BERICHT DES VORSITZENDEN:*

*Herr Jan Marinus WIERSMA*

Annex: Teilnehmerliste

Programm

EP-Entschlüsse 03/2002 und 04/2002

Empfehlungen des Europarats vom April 2002

Entschluß des Europarats vom April 2002

GENERALDIREKTION  
AUSSCHÜSSE UND DELEGATIONEN

---

2. Juli 2002  
EUR/TB/ES

## **Hintergrund**

Am 5. und 6. Juni 2002 besuchte eine Ad-hoc-Delegation des Europäischen Parlaments unter dem Vorsitz von Jan Marinus WIERSMA (PES, NL), dem Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments für Moldawien, Chisinau und Transnistrien. Zur Delegation gehörten außerdem Roberto BIGLIARDO (UEN, I), Jas GAWRONSKI (EPP, I) und der EU-Botschafter für Moldawien, Norbert JOUSTEN. Das vollständige Programm befindet sich im Anhang. Es erwies sich als unmöglich, ein Treffen mit Präsident VORONIN zu arrangieren, da er nach Auskunft der moldawischen Behörden anderweitig verpflichtet war.

Der Besuch stand in direkter Folge zweier Entschlüsse des Europäischen Parlaments vom März und April 2002. Diese Entschlüsse äußern Besorgnis über die wachsenden politischen Spannungen in Moldawien sowie insbesondere das Verschwinden des moldawischen Parlamentariers und Oppositionsführers Vlad Cubreacov - die Entschlüsse sind beigelegt. Der Besuch sollte zudem die Verpflichtung des Europäischen Parlaments deutlich machen, zum Prozess eines erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Wandels im ärmsten Land Europas beizutragen.

Der Besuch war auch eine Konsequenz aus der Annahme einer Serie von Empfehlungen durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 24. April 2002. Diese Vorschläge sollen das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Moldawien verbessern helfen - die Empfehlungen sind beigelegt. Der Europarat wird die Durchführung der Empfehlungen überwachen.

## **Behandelte Fragen**

### **Empfehlungen des Europarats**

Die Regierungsbehörden erklärten, die Ratsempfehlungen prüfen zu wollen, und die meisten Gesprächspartner gaben an, dass sie durchgeführt würden. Jedoch wurde betont, dass auch „die Interessen der Menschen“ zu schützen seien. Die Empfehlungen decken ein großes Spektrum politischer und sozialer Themen ab, einschließlich des Aufrufs an die moldawischen Behörden, die Registrierung der bessarabischen Kirche zu gestatten; die Rundfunkstation Teleradio Moldova in eine unabhängige öffentliche Körperschaft umzuwandeln; die Geschäftsordnung des Parlaments zu ändern, um die Rechte der Opposition zu erweitern; das Rechtssystem nicht zu reformieren, ohne dabei die Empfehlungen des Europarats zu berücksichtigen; sowie gegen Korruption und allen Drogenhandel vorzugehen.

Die Sprecher der Opposition zeigten sich einigermaßen skeptisch, ob die Behörden ernsthaft eine Durchführung der Empfehlungen wollten. Sie beriefen sich auf Präsident Voronin, der gesagt habe, dass er sie nicht für notwendig hält. Einige Oppositionssprecher hatten das Gefühl, dass bei der Durchführung der Empfehlungen keine Fortschritt gemacht wurden. Sie vermerkten zudem, dass die staatlich gelenkte Presse gegenüber den Ratsempfehlungen ablehnend schreibe. Der Führer der Christdemokraten warnte davor, dass die Proteste wieder aufgenommen würden, falls diese Empfehlungen nicht umgesetzt würden.

Der russische Botschafter begrüßte die Initiative des Europarats und betonte die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen. Er unterstützt den vom Oppositionsführer Dumitru BRAGHIS vorgeschlagenen „Runden Tisch“, an dem alle politischen Parteien versammelt werden sollen.

## **Politische Entwicklungen**

Das Europäische Parlament machte seine Absicht deutlich, eine demokratische Regierung und die sichere Etablierung der Menschenrechte und der Autorität des Gesetzes intensiv zu unterstützen. Es erklärte, dass es die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom Februar 2001, bei denen die Kommunistische Partei die absolute Sitzmehrheit errang, anerkennen werde. Es betonte jedoch, dass in einer verantwortungsbewussten Demokratie Oppositionsparteien und Minderheiten uneingeschränkt die Möglichkeit gegeben werden müsse, aktiv den politischen Kurs mitzubestimmen. Es forderte daher die Schaffung eines aktiven Dialogs zwischen Regierung und Opposition. Es unterstütze die Fortsetzung und Intensivierung der „Gespräche am runden Tisch“ zwischen Regierung und Opposition, die es als wertvollen Beitrag erachte, um zur politischen Stabilität zurückzukehren.

Es billigte zudem im vollen Umfang die Empfehlungen des Europarats zum politischen Pluralismus. Die Delegation betonte, dass das Recht auf friedliche Demonstration international anerkannt sei und einen Grundpfeiler einer freien Gesellschaft bilde. Es verurteilte jede Androhung von Gewalt gegen friedliche Demonstranten.

In einer Diskussion wurde von moldauischer Regierungsseite erklärt, dass sich trotz einiger Schwierigkeiten die wirtschaftliche und politische Lage verbessere. Sie behaupteten, dass ihre Politik zur Förderung von Demokratie und Marktwirtschaft in der Öffentlichkeit Zuspruch finde - sie bezeichnete ihr Vorgehen sogar als „sozialdemokratisch“. Sie waren der Meinung, dass konstruktive Debatten im „Rundtisch-Format“ schwierig seien, da es in Moldawien 36 verschiedene politische Parteien gebe und der Prozess schwierig zu steuern sei. Sie wiesen alle Vorwürfe eines totalitären Verhaltens zurück - im Justizbereich zum Beispiel würden sie versuchen, das Rechtssystem durch Entfernen eines Rechtszugs zu vereinfachen.

Die Opposition beklagte fortdauernde undemokratische Tendenzen in der Regierung, die ihrer Ansicht nach ihre Mehrheit nutze, um Gesetze ohne adäquate Debatte durchzudrücken. Sie äußerte zudem ihre Besorgnis über Gesetze, welche die Unabhängigkeit der Richterschaft durch die Ernennung von Regierungssympathisanten an den Gerichten nachteilig beeinflussen könnten. Es gab unterschiedliche Meinungen zu den Vorteilen von Gesprächen am Runden Tisch. Der Führer der Christdemokraten, Iurie ROSCA, geht davon aus, dass in dieser Form kein effektiver politischer Dialog zustande kommen kann.

Die Opposition behauptete auch, die Regierung habe gehofft, dass die letzten Demonstrationen gewalttätig würden und so Anlass für den Einsatz von Gewalt geboten hätten - was jedoch nicht geschehen sei. Sie zogen die Legitimität der Regierung nicht in Zweifel, obwohl sie gegen deren nach ihrer Ansicht gesetzeswidriges Verhalten protestierten, zum Beispiel den Versuch, die Christdemokraten auszuschließen.

Die Opposition zeigte sich auch unzufrieden über die vor kurzem erlassenen Gesetze, die, so wurde behauptet, das sowjetische Modell der 32 territorialen Einheiten zurückbringen würden. Diese, lautete ihr Argument, würden die Zentralgewalt auf Kosten der lokalen Autonomie stärken und zu einer Zersplitterung des Landes führen.

## **Bessarabische Kirche**

Die Delegation des Europäischen Parlaments unterstützte die Aufforderung des Europarats an die moldawischen Behörden, im Fall der Metropolitankirche Bessarabiens unverzüglich die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen - eine

unabhängige orthodoxe Kirche, die dem Patriarchat Bukarest angeschlossen ist. Die moldawischen Behörden verweigerten vor kurzem die Anerkennung der Kirche, die dann ihren Fall vor den Gerichtshof für Menschenrechte getragen hatte. Am 13. Dezember 2001 entschied der Gerichtshof gegen die moldawischen Behörden und verlangte die Registrierung der Kirche.

Die Vertreter der moldawischen Regierung warnten davor, dass eine Anerkennung der bessarabischen Kirche zu Spaltungen führen könnte, da es in vielen Orten oft nur eine Kirche gebe. Sie betonten jedoch, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs bis 31. Juli 2002 umgesetzt werde.

Die Opposition monierte, dass die Behörden bisher lediglich Erklärungen zur gesetzlichen Anerkennung der Kirche abgegeben hätten - es sei daher wichtig, Taten sehen zu lassen.

### **Freiheit der Medien**

Die Delegation drängte die moldawischen Behörden darauf, die Empfehlungen des Europarats zur Reform des Rundfunksystems und zur Umwandlung der staatlichen Gesellschaft Teleradio Moldova in eine unabhängige öffentliche Dienstleistungsgesellschaft durchzuführen. Damit folgte man Behauptungen von Journalisten, dass die Station für staatliche Propaganda verwendet wurde. Und Klagen von Oppositionsvertretern über den mangelnden Zugang zu den Medien.

### **Entführung von Vlad Cubreacov**

Die Delegation war erfreut darüber, dass der führende christdemokratische Politiker Vlad CUBREACOV unversehrt aufgefunden wurde, und forderte die moldawischen Behörden auf, ihre Untersuchungen des Verschwindens zu intensivieren und die Bemühungen zu verstärken, die Täter vor Gericht zu bringen.

Bei seinem Treffen mit der Delegation erklärte Herr Cubreacov, dass er nicht wisse, wer ihn entführt habe, dass er aber glaube, dass die kommunistischen Behörden Moldawiens oder die Behörden von Tiraspol involviert gewesen sein könnten. Angesichts der Ablehnung der Etablierung der bessarabischen Kirche durch den russischen Patriarchen, der befürchte, dass dadurch ein Präzedenzfall für das weitere Auseinanderbrechen des russischen Patriarchats geschaffen werde, sei aber auch eine Beteiligung Moskaus denkbar. Herr Cubreacov war besorgt darüber, dass seine Äußerungen gegenüber den Ermittlungsbeamten der Polizei später in der russischsprachigen Presse erschienen seien, und er fürchtete, dass dadurch die Täter ihre Spuren verwischen könnten. Er beklagte sich auch darüber, dass ihn keine Funktionäre besucht hätten. Er stehe unter 24-stündiger Überwachung und alle Besucher würden registriert.

Herr Cubreacov beschwerte sich außerdem über Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit und merkte an, dass es ihm ein Jahr lang unmöglich gewesen sei, an Sitzungen des Europarats teilzunehmen, da er Probleme gehabt habe, ein Visum zu bekommen, oder ihm keine Erlaubnis erteilt worden sei, Sitzungen des moldawischen Nationalparlaments fernzubleiben.

Andere Oppositionsvertreter beklagten sich darüber, dass die Regierung sich hinsichtlich der Entführung in Schweigen hülle. Sie vermuteten, dass die Entführung eine gemeinsame Aktion der regierenden Kommunistischen Partei, der Moskau orientierten orthodoxen Kirche und/oder der Separatisten von Tiraspol gewesen sein könnte.

Die Vertreter der moldawischen Regierung zeigten sich zufrieden darüber, dass Herr Cubreacov gefunden wurde, und betonten die Notwendigkeit, die Täter zu finden.

## **Externe Beziehungen Moldawiens**

Die Delegation unterstrich, dass Moldawien eine ausgewogene Strategie für ihre Beziehungen zu der Europäischen Union und zu Russland entwickeln müsse. Sie betonte, dass die sich neu entwickelnde Beziehung zwischen der EU und Moskau eine Herausforderung für Moldawien und andere Länder in Europa darstelle, damit eine weitere Integration in die europäischen Strukturen gewährleistet sei. Moldawien solle auf eine eventuelle EU-Mitgliedschaft hinarbeiten, deren Zeitpunkt jedoch weitgehend von Chisinau selbst abhängen.

Die Vertreter der moldawischen Regierung erklärten, dass sie zum „Zentrum Europas“ gehören wollten und ein Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen mit der EU anstrebten. Dennoch wolle Moldawien Moskau nicht den Rücken kehren, da es ein wichtiger Handelspartner war und bleibe. Diese Situation sei einfach das Ergebnis der wirtschaftlichen Realität und Moldawiens traditioneller Handelsbeziehungen zu Russland. Die Verfassung von 1995 erkläre Moldawien zu einem neutralen Land und beschränke die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auf eine wirtschaftliche Ebene. In der Praxis, so ihr Argument, habe die GUS während ihres Bestehens wenig erreicht, so dass die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, in der Moldawien Beobachterstatus hat, diese ersetzen sollte. Sie klagten außerdem darüber, dass die Mitgliedschaft in der WTO Moldawien nur wenige Vorteile gebracht hätte.

Die moldawische Regierung zeigte sich einigermaßen besorgt über die Position ihres Landes bei einem EU-Beitritt Rumäniens und betonte die Notwendigkeit, eine neue Teilung Europas zu vermeiden.

Der russische Botschafter verwies nachdrücklich darauf, dass, obwohl sich Moldawien Moskau zugewandt habe, Moskau wiederum sich Europa annähere. Es bestünden enge Beziehungen zwischen beiden Ländern und viele Moldawier würden in Russland arbeiten, rund 200 000 allein in der Region Moskau. Moldawien sei bei Russland insbesondere wegen der Gasimporte tief verschuldet.

## **Wirtschaftliche Lage im Inland**

Die Delegation verlangte für eine weitere Hilfe die Unterstützung der schwächsten Gruppen der moldawischen Gesellschaft, wie kleine Kinder und ältere Menschen.

Die Vertreter der moldawischen Regierung räumten ein, dass die Wirtschaft am Boden liege und als Folge viele Menschen in furchtbarer Armut lebten, was - wie sie behaupteten - dem Handeln der alten Regierung zuzuschreiben sei. Sie argumentierten, dass die Bevölkerung sie gewählt habe, um diese Probleme anzugehen, und die Lage sich durch die Rückzahlung internationaler Schulden an IWF und Weltbank bessere. Das Produktionswachstum liege derzeit bei 6,1 % - dem höchsten der letzten zehn Jahre. Über 20 % der Unternehmen seien privatisiert worden, obwohl die Behörden behaupteten, dass eine Privatisierung nicht immer der beste Weg sei, um einen Niedergang der Wirtschaft zu bekämpfen. Die Regierung erklärte auch, dass sie seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte 20 000 neue Jobs geschaffen habe. Rund 93 % der Agrarfläche seien jetzt privatisiert. Die Regierung plane die Entwicklung kooperativer - nicht kollektiver - landwirtschaftlicher Betriebe.

Oppositionsvertreter warnten davor, dass einige von der Regierung erlassene Gesetze die Entwicklung einer Marktwirtschaft behindern und Großinvestoren von den Behörden abweisend behandelt würden. Es wurde auch die Ansicht geäußert, dass die Regierung westliche Investitionen beseitigen und durch russische Gelder ersetzen wolle. Sorgen bestanden auch dahingehend, dass die Regierung zu einer Agrarwirtschaft nach dem sowjetischen Kollektivmodell zurückzukehren gedenke. Man wies darauf hin, dass die Regierung einige „populistische“ Entscheidungen, wie die Herabsetzung des Rentenalters, getroffen habe.

## **Zivilgesellschaft**

Die Delegation wiederholte die Aufforderung des Europäischen Parlaments an die Kommission, die Kapazität des TACIS-Programms zu erweitern, um das demokratische Funktionieren der Zivilgesellschaft durch die Unterstützung von Kontakten und gemeinsamen Programmen mit entsprechenden EU-Partnern zu fördern.

Auf Treffen der Delegation mit NGO-Vertretern wurden die Probleme von Randgruppen der Gesellschaft, wie Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen, erörtert. Die Situation der Roma-Minderheit wurde ebenfalls als Bereich angesprochen, dem verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, da die Gesellschaft hohe Quoten bei Analphabetismus und Drogenproblemen aufweise. Ein Hauptproblem sei die Abwanderung einer Vielzahl gut ausgebildeter Menschen, die den NGOs als potentielle Mitglieder verloren gingen.

## **Transnistrien**

Die Delegation betonte, wie wichtig es sei, eine schnelle und realisierbare Lösung für die Lage der sich loslösenden Region Transnistrien zu finden. Jede Lösung müsse die territoriale Integrität Moldawiens und die OSZE-Erklärungen respektieren. Die Mitglieder zeigten sich besorgt über die Existenz eines „schwarzen Lochs“ in Europa, in dem illegal mit Waffen und Menschen gehandelt und Geld gewaschen werde, und sie forderten die Einrichtung strenger gemeinsamer Grenzkontrollen zwischen Moldawien und der Ukraine. Diese seien unverzichtbar in einer Welt, in der zunehmend auf die Notwendigkeit sicherer Grenzen und des Kampfes gegen Verbrechen und Terrorismus geachtet werde. Es sei wichtig, dass die EU ihre zukünftigen Grenzregionen nicht vernachlässige und aktiv alle Bemühungen um eine Lösung unterstütze.

Sie drangen darauf, in dem Konflikt auf beide Seiten mehr Druck auszuüben, damit die Hilfe internationaler Vermittler akzeptiert werde und um die Behörden in Tiraspol zu überzeugen, eine ausgewogene Lösung innerhalb der international anerkannten Grenzen von Moldawien anzunehmen. Die Delegation drängte außerdem Russland und die Ukraine, aktiv zur Lösung des Problems beizutragen. In diesem Zusammenhang lobten sie die sich verändernde strategische Landschaft durch eine engere Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU einerseits und Russland andererseits. Einige Mitglieder waren zudem der Meinung, dass die EU die OSZE bei ihrer Suche nach einer Lösung des Problems unterstützen solle. Besorgt war man auch über die in Transnistrien noch gelagerte Munition und Waffen. Die Delegation unterstütze das Projekt in Höhe von US\$ 35 Millionen zur Beseitigung dieser Bedrohung und begrüße alle in dieser Frage gemachten Fortschritte.

Die Vertreter der moldawischen Regierung betonten, dass sie an einer Lösung der Situation arbeiten würden, und akzeptierten die Notwendigkeit einer weitgehenden Autonomie für die Region. Sie konnten jedoch nicht der Argumentation Tiraspols folgen, dass zwei separate

Staaten zu einem gemeinsamen Staat verschmelzen sollen - da es bereits nur den einen Staat Moldawien gebe. Diese Position werde durch den „Primakov-Plan“ gestützt - d. h. es soll von beiden Seiten anerkannt werden, dass nur ein Staat Moldawien existiert, damit anschließend Verhandlungen über die Form eines „gemeinsamen Staats“ beginnen können. Es wurde vorgebracht, dass Moskau den Schlüssel für eine Lösung des Problems geliefert habe: Der Führer Transnistriens, Herr Smirnov, zeigte sich hier eine erste Einsicht, war aber zweifellos unglücklich über die verbesserten Beziehungen zwischen Russland und Moldawien. Jedoch bestanden Bedenken, dass Russland nicht genug tue, um am 31. Dezember 2002 die Frist für die Beseitigung sämtlicher Munition aus Transnistrien einzuhalten.

Die moldawische Regierung unterstrich die ernststen Folgen für die moldawische Wirtschaft durch Schmutzgelei und Konterbande in Transnistrien. Die Ukraine müsse überzeugt werden, gemeinsamen Zollkontrollen zuzustimmen, doch habe der politische Limbo während der Parlamentswahlen in diesem Land nicht geholfen.

Der russische Botschafter wies darauf hin, dass Moldawien und Russland einen „politischen Grundvertrag“ unterzeichnet haben, den Präsident Putin als „Vertrag einer modernen Generation“ bezeichnet habe. Die Präambel verpflichte beide Parteien, für die Transnistrien-Frage eine politische Lösung zu finden. Er erklärte, dass auch die wirtschaftliche Lage verbessert werden müsse und Russland mit Moldawien bei Zollverfahren zusammenarbeite, während aus der Ukraine nur „Worte und keine Taten“ kämen. Tiraspol leite gegenwärtig russische Gasexporte für Moldawien ab, ohne dafür zu zahlen. Der Botschafter unterstrich die Unterstützung der territorialen Integrität Moldawiens und der OSZE-Bemühungen um eine Lösung durch seine Regierung. In Transnistrien gebe es heute keine nuklearen oder chemischen Waffen mehr. Er warnte davor, dass die Suche nach einer Lösung schwierig werden könne, wenn Tiraspol darauf beharre, mit Chisinau als gleichberechtigter und eigener Staat zu verhandeln.

Die Behörden in Tiraspol erklärten, dass Transnistrien niemals ein Teil Moldawiens gewesen sei, dass sie aber bereit seien, einen gemeinsamen Staat auf der Grundlage demokratischer Prinzipien und in den Grenzen von 1990 zu bilden. Sie verwiesen auf die Union Serbiens und Montenegros als einem möglichen Ausweg - d. h. eine Union zweier Staaten. Außerdem habe man Nordirland und Zypern besucht, um Wege zur Konfliktlösung zu studieren. Sie seien zu diesen Kompromissen bereit, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Transnistriens in einem unabhängigen Staat leben wolle - ein solcher Staat sei wirklich lebensfähig, da Tiraspol bereits mit rund 80 Ländern kooperiere und das BIP wachse. Transnistrien, mit 12 % Anteil am Territorium Moldawiens und einem Bevölkerungsanteil von 17 %, erwirtschaftete 40 % des BIP - eine Situation, die in Chisinau Neid hervorgerufen habe. Sie beklagten sich jedoch darüber, dass Moldawien einen einheitlichen Staat gründen wolle und wiesen die Idee einer Konföderation zurück.

Sie erklärten, dass Präsident Voronin Verhandlungen einseitig abgebrochen und eine politische Entscheidung zur Zerstörung Transnistriens getroffen habe, dass sie aber trotzdem einem Treffen von „Experten“ am 25. Juni in Kyiv ohne Vorbedingungen zustimmen würden. Sie erklärten, dass Moldawien Transnistrien US\$ 30 Millionen schulde. Sämtliche Munition und Waffen in Transnistrien gehörten Tiraspol als Teil ihres Erbes aus der UDSSR. Russland habe militärische Ausrüstung abgezogen und solle dafür an Tiraspol einen Ausgleich zahlen - gegenwärtig erfülle es in dieser Hinsicht nicht seine Verpflichtungen. Tiraspol wäre bereit, die Waffen und Munition zu beseitigen, wenn dafür ein Ausgleich gezahlt würde. Die Zahl der russischen Soldaten in Transnistrien sei von 15 000 auf 1 500 reduziert und die 14. Armee vor zwei Jahren aufgelöst worden.

Die Behörden in Tiraspol zeigten sich zudem unzufrieden mit Chisinaus Entscheidung, ihren neuen Zollstempel nicht an Transnistrien zu geben, ein Vorgehen, das, wie sie behaupteten, eine Wirtschaftsblockade begründe. Sie betonten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit an Zoll- und Grenzposten und zur Überwachung ihrer Aktivitäten durch die Nachbarstaaten - ausgenommen Moldawien. Sie wiesen darauf hin, dass die EU an Moldawien Computersysteme für Grenzkontrollstellen liefere. Sie vertraten die Auffassung, dass Transnistrien in diese Projekte einbezogen werden solle.



# EUROPEAN PARLIAMENT



## EUROPEAN PARLIAMENT

### AD HOC DELEGATION TO MOLODOVA

4/5 – 7 JUNE 2002

CHISINAU

#### List of participants

#### Members:

Mr Jan Marinus WIERSMA <i>Chairman</i>	PSE, Netherlands	Foreign Affairs, Human Rights, Common Security and Defence Policy; Petitions
Mr Jas GAWRONSKI	PPE-DE, Italy	Foreign Affairs, Human Rights, Common Security and Defence Policy
Mr Roberto Felice BIGLIARDO	UEN, Italy	Economic and Monetary Affairs

#### Secretariat of the delegation:

Mr Timothy BODEN, Head of Secretariat  
Ms Elke SCHMUTTERER, Assistant/Secretary

#### Political Groups:

Mr Rob VAN DE WATER, Group of the Party of European Socialists

#### European Commission:

H.E. Mr Norbert JOUSTEN, EU Ambassador to Moldova

#### Interpreters:

Stefana PORCOTEANU RO/EN and IT passive  
Corina POPESCU RO/IT and EN passive

#### Abbreviations :

PPE-DE	European People's Party/European Democrats	UEN	Union for a Europe of Nations
PSE	Party of European Socialists	NI	Non-attached
ELDR	Liberal, Democrat and Reform Party	EDD	Europe of Democracies and Diversities
Verts/ALE	Greens/European Free Alliance	TDI	Technical Group of Independent Members
GUE/NGL	European United Left/Nordic Green Left		

5 June 2002/es

DV/473437DE.doc  
Externe Übersetzung

# **AD HOC DELEGATION TO MOLDOVA**

**CHISINAU**

**4/5 – 7 June 2002**

## **FINAL PROGRAMME**

### **Coordination:**

Mr Tim BODEN  
Tel: (32 2) 284 34 59  
e-mail: [tboden@europarl.eu.int](mailto:tboden@europarl.eu.int)

Ms Elke SCHMUTTERER  
Tel. (32-2) 284 39 31  
e-mail: [eschmutterer@europarl.eu.int](mailto:eschmutterer@europarl.eu.int)

Fax: (32 2) 284 68 30

Mobile (during the mission):  
+32-475-977 002

**Tuesday, 4 June 2002**

p.m.

Arrival of Members and staff of the EP Delegation and transfer to hotel

**JOLLY ALON HOTEL**  
**37, str. Maria Cibotaru**  
**2012 Chisinau**

**Tel: +3732-232896**  
**Fax: +3732-232233**  
email: [info@jollyalon.com](mailto:info@jollyalon.com)

---

10 June 2002  
EUR/TB/ES

DV/473437DE.doc  
Externe Übersetzung

10

PE 318.227/Anl.

**Wednesday, 5 June 2002**

- 8h00 Departure hotel for
- 8h15 – 8h50 Meeting with **Ms Eugenia OSTAPCIUC**, President of the Parliament of the Republic of Moldova  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 9h00 – 9h40 Meeting with **Mr Dumitru BRAGHIS**, Chairman of the parliamentary faction “Alliance Braghis”  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 10h00–10h50 Meeting with **Mr Iurie ROSCA**, Chairman of the parliamentary faction of the Christian-Democratic People’s Party of the Republic of Moldova  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 11h00-11h50 Meeting with **Mr Victor STEPANIUC**, Chairman of the parliamentary faction of the Communists’ Party of the Republic of Moldova  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 12h00-12h50 Meeting with **H.E. Mr Pavel PITOROVSKI**, Ambassador of the Russian Federation to Moldova  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 13h00-14h20 Lunch hosted by the Parliament of the Republic of Moldova  
*Venue: Restaurant of the Parliament of Moldova*
- 14h30 Departure for Tiraspol
- Meeting with authorities of Tiraspol  
Messrs **SMIRNOV, MARACUTA** and **LITSKAI**
- 18h30 Return to Chisinau
- 19h30 Meeting with **Mr Vlad CUBREACOV**  
*Venue: Hospital*
- 20h00 Dinner with EU Ambassadors or their representatives hosted by the EC Delegation to Moldova  
*Venue: Hotel Jolly Alon*

**Thursday, 6 June 2002**

- 8h45 Departure hotel for
- 9h00 Visit to the center of Chisinau
- 9h45 Departure hotel for
- 10h00-11h00 Meeting with **Mr Oswald SCHNEIDRATUS**, Deputy Head of the OSCE Mission in Moldova  
*Venue: OSCE Mission*

**Thursday, 6 June 2002**

- 11h30-12h15 Meeting with **Mr Andrei NEGUTA**, Chairman of the Committee on Foreign Policy of the Parliament of Moldova  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 12h30-13h45 Lunch hosted by **Mr Jan Marinus WIERSMA**, Chairman of the European Parliament Ad Hoc Delegation to Moldova  
*Venue: Restaurant of the Parliament of Moldova*
- 14h00-14h45 Meeting with **Mr Nicolae DUDAU**, Minister of Foreign Affairs of Moldova  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 15h00-16h00 Meeting with the NGOs  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 16h15-17h00 Meeting with **Mr Victor STEPANIUC**, Co-Chairman of the EU-Moldova Parliamentary Cooperation Committee  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 17h10-18h00 Press conference  
*Venue: Parliament of Moldova, room 300*
- 19h00 Dinner hosted by the Parliament of the Republic of Moldova  
*Venue: Winery Factory Milestii Mici*

**Friday, 7 June 2002**

- a.m. Individual departure of Members and staff

## Useful contacts

### **GERMAN EMBASSY**

H.E. Dr. Michael ZICKERICK  
str. M. Cebotari, 35  
2012 Chisinau, Republica Moldova  
Tel. (373 2) 20 06 27  
Fax (373 2) 23 46 80  
E-mail: [chiszreg@intra.auswaertiges-amt.de](mailto:chiszreg@intra.auswaertiges-amt.de)

### **FRENCH EMBASSY**

H.E. Ms Dominique GAZUY  
101 rue du 31 août  
2012 Chisinau, Republica Moldova  
Tel. (373 2) 22 82 04  
Fax (373 2) 22 82 24  
E-mail: [amb-fr@cmi.md](mailto:amb-fr@cmi.md)

### **Delegation of the European Commission to Moldova**

#### **Tacis Branch Office**

Mr Ivan BORISAVLJEVIC, Head of Office  
Corobceanu 22  
2004 Chisinau, Republica Moldova  
Tel.: +373.2.24 77 90  
Tel./fax: +373.2.23 28 71

## Human rights: Moldova

### European Parliament resolution on the human rights situation in the Republic of Moldova

*The European Parliament,*

- having regard to its previous resolution on this subject, adopted in 1998,
  - having regard to the Partnership and Cooperation Agreement signed on 28 November 1994 between Moldova and the EU and its Member States, which entered into force on 1 July 1998<sup>1</sup>, particularly to Title I, Article 2 thereof, which concerns respect for democracy, the principles of international law and human rights, as defined in particular by the Helsinki Final Act and the Charter of Paris for a New Europe,
  - having regard to the European Convention on Human Rights,
- A. having regard to the many difficulties experienced by the people of Moldova since gaining independence and during the subsequent period of transition undergone by the country's economic and social structures,
  - B. noting with concern the recent decisions by the government of Moldova regarding the introduction of the Russian language as the second official language of Moldova, the government's proposal to introduce compulsory teaching of the Russian language into the Moldovan educational system, and the administrative reorganisation of the country aimed at a return to the former Soviet style of local administration,
  - C. noting with deep concern the government's attempts to curb the opposition by its proposals to dissolve the PPDC opposition party and to lift the parliamentary immunity of its leaders, Iurie Rosca, Vlad Cubreacov and Stefan Secareanu,
  - D. emphasising the great importance of maintaining stability in the region and respect for basic human rights and the rule of law, as well as the need to continue the process of economic and social reform,
  - E. whereas Moldova's economy has failed to develop successfully, leaving it currently as the poorest country in Europe,
  - F. concerned by the phasing out of ECHO from Moldova in December 2001 and at the lack of direct emergency assistance which is an unfortunate consequence of this decision; whereas an appropriate equivalent cannot be provided by the Tacis programme,
1. Calls on the government and parliament of Moldova not to take any decision that may endanger the social and political stability of the country;

---

<sup>1</sup> OJ L 181, 24.6.1998, p. 3.

2. Calls on the government of Moldova to abide by basic democratic rules and procedures, to guarantee respect for fundamental human rights and the rule of law and not to abuse its political majority to dissolve the democratic opposition;
3. Notes with growing concern the persistent conflict over essential principles and matters of democracy between the Moldovan government and the Christian Democratic People's Party of Moldova;
4. Welcomes the fact that the demands of the parliamentary opposition are being made in an open and peaceful way;
5. Urges the governments of Romania and the Russian Federation not to interfere in the Republic of Moldova's delicate domestic political situation and to give their fullest support, together with the European Union and other European bodies, to the stable and peaceful development of all the countries in the region;
6. Urges the government and parliament of Moldova to continue the process of economic and social reform as a way of demonstrating the sincerity of its international commitments and ambitions, which have also been established in the framework of the Partnership and Cooperation Agreement between Moldova and the European Union and within the WTO;
7. Emphasises the great importance of maintaining stability in the region, and urges the government of Moldova to make visible efforts to resolve the political crisis and to return to a course of political stability;
8. Underlines the urgent need for active participation by the EU in the stabilisation of social and health care; suggests that a task force be set up in conjunction with the NGOs working in the country to advise on continuing help after ECHO is phased out and establishing an action plan;
9. Calls on the Council and Commission to improve the capacity of the TACIS programme to promote democracy, civil society and respect for the country's cultural and linguistic diversity;
10. Calls on the Commission in particular to assist civil society in Moldova, inter alia by supporting contacts and joint programmes with its EU counterparts;
11. Urges the Council and Commission to assist actively, within the OSCE mandate, with settling the Transdnestrian conflict;
12. Instructs its President to forward this resolution to the Council, the Commission, the government and parliament of Moldova, the OSCE, and the governments of Romania and the Russian Federation.

## Moldova

### European Parliament resolution on the political situation in Moldova and the disappearance of Vlad Cubreacov

*The European Parliament,*

- having regard to its resolution on the human rights situation in the Republic of Moldova<sup>1</sup>,
  - having regard to the Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States and the Republic of Moldova<sup>2</sup>, signed on 28 November 1994, and which entered into force on 1 July 1998, and in particular Title I, Article 2 thereof, which concerns respect for democracy, the principles of international law and human rights, as defined in particular by the Helsinki Final Act and the Charter of Paris for a New Europe,
  - having regard to the European Convention on Human Rights,
  - having regard to the aid provided by the European Union to Moldova in the framework of TACIS,
- A. noting with the deepest concern the disappearance of Vlad Cubreacov, Member of the Moldovan Parliament and of the Moldovan delegation to the Parliamentary Assembly of the Council of Europe; expressing in particular its concern about the possible political context of his disappearance,
- B. concerned by the lack of information and explanation by the Moldovan authorities concerning the circumstances of the alarming disappearance of Mr Cubreacov,
- C. noting that Mr Cubreacov is one of the leading figures of the parliamentary opposition movement in Moldova and has contributed actively to the organisation of street protests against government policies,
- D. concerned by other alarming disappearances of opposition leaders, for instance Mr. Ivan Burgudji, head of the legal department of the People's Assembly of the autonomous region of Gagauzia, who disappeared on 7 March 2002 after being beaten and apprehended in his office by unidentified civilians carrying automatic weapons,
- E. noting with deep concern the attempts to curb the opposition by means of the decision to lift the parliamentary immunity of Iurie Rosca and Stefan Secareanu and the proposed lifting of the immunity of three other Christian Democrat Members of Parliament, Valentin Chilat, Viorel Prisacaru and Eugen Garla,
- F. noting that about 80 000 people took to the streets on 31 March 2002 to demonstrate against the government, and expressing its concern that the absence of a sincere dialogue

---

<sup>1</sup> P5\_TA(2002)0132.

<sup>2</sup> OJ L 181, 24.6.1998, p. 3.



between government and opposition will result in the further polarisation of Moldovan society,

- G. emphasising once again the great importance of maintaining stability in the region and respect for basic human rights and the rule of law, as well as the need to continue the process of economic and social reform,
1. Expresses its great concern over the disappearance of the opposition politician Vlad Cubreacov, vice-chairman of the Christian Democratic People's Party, Member of the Moldovan Parliament and of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, as well as other as yet unsolved disappearances of political opposition leaders, and in particular over the fears that his disappearance may be related to political problems in the country;
  2. Calls on the Moldovan authorities to carry out a full, thorough and independent investigation into the disappearance of Mr Cubreacov and other opposition politicians and to provide information regularly and openly on the state of affairs as regards the ongoing investigations;
  3. Calls on the Council and the Commission to make every effort to find Mr Cubreacov safe and sound and to monitor closely, with the OSCE and the Council of Europe, the human rights situation in Moldova;
  4. Calls once again on the government of Moldova to abide by basic democratic rules and procedures and to guarantee respect for fundamental human rights and the rule of law and calls on the governing party not to abuse its political majority in order to dissolve the democratic opposition;
  5. Urges the Moldovan Parliament to review immediately its decision to lift the parliamentary immunity of Iurie Rosca and Stefan Secareanu and not to proceed with the lifting of the immunity of three other Christian Democrat Members of Parliament, Valentin Chilat, Viorel Prisacaru and Eugen Garla,
  6. Expresses its great concern that the right of demonstration as used by a large number of Moldovan citizens to show their disagreement with the government's policies is accompanied by threats of punishment by the Prosecutor-General; points out that the right of demonstration is a basic democratic right and a legitimate instrument of protest against the policies of a government; stresses, in this context, that the approximately 80 000 people who took to the streets on 31 March 2002 demonstrated their political will in a peaceful way;
  7. Urges the Moldovan government and the opposition not to take any steps that may further endanger the social and political stability of the country and to start a dialogue on ways and means to overcome the existing conflict and to continue the process of economic and social reform as a way of demonstrating the sincerity of its international commitments and ambitions;
  8. Emphasises the great importance of maintaining stability in the region and urges the government of Moldova to make visible efforts to resolve the political crisis and to return to a course of political stability;

9. Urges the governments of Romania and the Russian Federation not to interfere in the Republic of Moldova's delicate domestic political situation and to give their fullest support, together with the European Union and other European bodies, to the stable and peaceful development of all the countries in the region;
10. Instructs its President to forward this resolution to the Council, the Commission the government and parliament of Moldova, the OSCE, the Council of Europe and the governments of Romania and the Russian Federation.

# PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE

## Recommendation 1554 (2002)

### Functioning of democratic institutions in Moldova

1. The Parliamentary Assembly refers to its Resolution 1280 (2002) on the functioning of democratic institutions in Moldova, in which it expresses its concern about the continuous worsening and radicalisation of the political climate there, which are a threat to the country's democratic stability.
2. It recommends that the Committee of Ministers:
  - i. invite the Moldovan authorities to inform it about the progress of investigations into the disappearance of Vlad Cubreacov;
  - ii. invite the governments of Council of Europe member states to offer their judicial co-operation by sending on-the-spot specialist investigation teams at the request of Moldova.
3. It asks the Committee of Ministers to monitor closely Moldova's execution of the European Court of Human Rights judgment in the Metropolitan Church of Bessarabia case.
4. The Assembly recommends that the Committee of Ministers pursue co-operation with the Moldovan authorities on the following points:
  - i. expert appraisal of the Criminal Code, Code of Criminal Procedure, Civil Code and Code of Civil Procedure;
  - ii. the drafting of precise, detailed recommendations on all reforms affecting judicial bodies, for example reform of the prosecution service, the status of the judiciary, the High Judicial Council, and so on, under the action plan signed with the Moldovan Ministry of Justice or under any other appropriate framework.
5. The Assembly also asks the Committee of Ministers to step up co-operation with the Moldovan authorities concerning:
  - i. speedy expert appraisal of coming bills to reform broadcasting and transform the state company Teleradio Moldova into an independent public service corporation;
  - ii. the implementation of the recommendations to be made shortly by the Congress of Local and Regional Authorities of Europe for improving local self-government in Moldova, in the light of the reforms under way;
  - iii. the provision of assistance in preparing the local elections due to take place in 2003, particularly with regard to the revision of electoral law and the implementation of the recommendations made in 2001 by the Parliamentary Assembly's *Ad hoc* Committee on the Observation of Elections, and by the Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) of the Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE);
  - iv. the provision of assistance in preparing a possible referendum;

v. expert appraisal by the Venice Commission of any draft legislation affecting the status of the Constitutional Court;

vi. clarification of the legal status of Gagauzia by thorough expert appraisal of the various applicable legislation and framing of proposals for removing existing contradictions; this appraisal could be entrusted to the Venice Commission;

vii. the organisation of a round table of all political parties.

6. The Assembly asks the Committee of Ministers to keep it informed of the situation regarding freedom of expression in Moldova, and to this end asks it to forward to it the expert appraisal on the freedom of expression and information in the country carried out in the first quarter of 2002.

7. The Assembly further requests the Committee of Ministers to urge all the member states to undertake actively, and jointly with Moldova, action to combat corruption and the many kinds of revolting trafficking – arms trafficking from Transnistria, trafficking in women, children and human organs – from or via Moldovan territory. This trafficking is run by powerful and increasingly numerous mafia networks which must be dismantled. The Assembly refers in this connection to its Recommendations 1526 (2001) and 1545 (2002).

---

1. *Assembly debate* on 24 April 2002 (12th Sitting) (see Doc. 9418, report of the Committee on the Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe, rapporteurs: Mrs Durrieu and Mr Vahtre).

*Text adopted by the Assembly on 24 April 2002 (12th Sitting).*

# PARLIAMENTARY ASSEMBLY OF THE COUNCIL OF EUROPE

## Resolution 1280 (2002)<sup>1</sup>

### Functioning of democratic institutions in Moldova

1. The Parliamentary Assembly expresses grave concern about the events which have been occurring in Moldova since January 2002 and its anxiety about the continuous worsening and radicalisation of the political climate there, which is a threat to the country's stability.

2. Demonstrations organised by the Christian Democratic People's Party (CDPP) have been going on now in the town centre of Chişinău for more than three-and-a-half months. After a period of confusion, these demonstrations, which the governmental authorities and the courts have branded illegal, have been met with manifestly disproportionate sanctions. The Assembly considers that the lifting of the parliamentary immunity of the CDPP leaders is of rather doubtful propriety in a democracy.

3. The Assembly acknowledges and welcomes the fact that the authorities have not used force against the demonstrators and have seen fit to halt the process of certain reforms. It notes, however, that the organisers held to have acted illegally and several participants in the demonstrations have been prosecuted and convicted by the courts, and others put under pressure, as has reportedly happened to minors.

4. The Assembly recalls that in a democracy every citizen and every elected representative have both rights and duties, beginning with the obligation to abide by the law. The political opposition has rights. They must be consolidated and honoured. The Assembly also recalls that legislation must be in conformity with the Council of Europe's standards and principles.

5. The Assembly is profoundly disturbed by the disappearance of Vlad Cubreacov, a member of the Parliamentary Assembly since 1996, and calls upon the Moldovan authorities to conduct a speedy, transparent and full investigation into this case, and to keep Mr Cubreacov's family, parliament and the Council of Europe regularly informed of the progress of investigations.

6. The absence of progress in the investigations which have now been under way for a month may cast doubt on the declared intention to elucidate the case as quickly as possible. The credibility of the government, and even of the President, is at stake.

7. The Assembly notes that the scale of the protest movement by journalists and staff of Teleradio Moldova underlines the need to carry out reforms quickly, so as to fully guarantee freedom of expression and promote a public broadcasting service. It urges the authorities to end the practice of censorship of television programmes and to afford all opposition political parties, both inside and outside parliament, generous access to discussion programmes. It asks the Moldovan Government and Parliament to embark without delay on work to transform Teleradio Moldova into an independent public corporation.

8. It is concerned about the worsening of the domestic situation in Gagauzia and the deterioration of institutional relations between Comrat and Chişinău. It warns the authorities on both sides of the risk of a new hotbed of instability in Moldova. Any escalation must be avoided.

9. Having noted the absence of real dialogue between the ruling party and the political opposition, the Assembly also notes the strong opposition from civil society.

10. The Assembly expects the Moldovan political forces to pursue genuine, constructive dialogue and to agree on a compromise which should include the following elements:

i. a moratorium simultaneously covering the cessation by the CDPP of its demonstrations, so that political dialogue may be initiated, and the suspension of criminal proceedings against Iurie Rosca and Stefan Secareanu, it being understood that the Moldovan authorities should refrain from further lifting the immunity of parliamentarians;

ii. an extension of the existing moratorium on the reforms concerning the teaching and status of the Russian language, and changes to the history curriculum;

iii. the revision of the 1994 Act on the Status of Members of Parliament, regarding the provisions governing the lifting of immunity and removal from office;

iv. the revision of radio and television legislation and amendment of the status of Teleradio Moldova to make it an independent public corporation: an immediate start of work by the relevant parliamentary committee; the possible resumption of consideration of the draft legislation examined by the previous legislature; and assistance of Council of Europe experts in defining the public service status of the Moldovan radio and television corporation. This work should be completed by the end of the current parliamentary session, on 31 July 2002;

v. the execution of the judgment of the European Court of Human Rights in the Metropolitan Church of Bessarabia case: immediate registration of the Church through the adoption of a government decision by 24 April 2002; definition of implementation arrangements under Council of Europe supervision. The deadline for completion of application measures is also 31 July 2002;

vi. Council of Europe assistance concerning the disappearance of Vlad Cubreacov and judicial co-operation from member states and their specialist investigation bodies;

vii. the revision of parliament's rules of procedure in order to widen the opposition's rights;

viii. the organisation of a round table between all the political parties, not only those represented in parliament, with the assistance of the Council of Europe.

11. The Assembly calls upon the Moldovan Government and Parliament to take the above measures without delay.

12. Moreover, it invites Moldovan political forces to urgently discuss solving the present crisis and, if needed put the solution to a referendum, by using the constitutional powers of citizens (Article 141 of the Moldovan Constitution – "popular initiative") or the president (Article 88 of the Moldovan Constitution – "plebiscite").

13. The Assembly acknowledges that encouraging efforts to start dialogue have

been made very recently, and welcomes the adoption on first reading of a bill including a number of measures to improve safeguards for the parliamentary opposition.

14. The Assembly calls upon the Moldovan authorities to co-operate fully with the Council of Europe and its bodies, and in particular:

- i. to take into account and apply the recommendations of the Congress of Local and Regional Authorities of Europe for improving local self-government in Moldova;
- ii. to submit for Council of Europe expert appraisal the future bills for the reform of broadcasting and transform the state company Teleradio Moldova into an independent public service corporation;
- iii. to revise the 1994 Act on the Status of Members of Parliament taking account of recommendations made by the experts of the Council of Europe;
- iv. to give effective priority to the action plan for legal and judicial reform;
- v. to undertake no reform concerning the judicial system, the status of the judiciary, the High Judicial Council or the Constitutional Court without having previously obtained and taken into account the recommendations of the Council of Europe's experts.

15. The Assembly calls upon the member states of the Council of Europe to afford Moldova increased assistance, in particular:

- i. by contributing to the country's economic recovery and the struggle declared by the President of the Republic against corruption and arms trafficking from Transnistria and all other kinds of trafficking – in women, children, human organs, and so on – either from or through Moldovan territory. Such trafficking is run by powerful and increasingly numerous mafia networks, which must be dismantled;
- ii. by asking the countries directly concerned by Moldova's problems to contribute to the stabilisation of the democratic process in this country whilst respecting Moldova's integrity and sovereignty.

16. The Assembly calls on the member states of the Council of Europe to monitor closely Moldova's economic and social development and to help it regain the confidence of international financial institutions (International Monetary Fund and the World Bank). It invites the latter to review their positions and to grant Moldova the aid it needs to consolidate the economic upturn and improve the social situation of the vast majority of the Moldovan population.

---

1. *Assembly debate* on 24 April 2002 (12th Sitting) (see Doc. 9418, report of the Committee on the Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe, rapporteurs: Mrs Durrieu and Mr Vahtre).

*Text adopted by the Assembly on 24 April 2002 (12th Sitting).*

# New .eu Domain

## Changed Web and E-Mail Addresses

The introduction of the .eu domain also required the web and e-mail addresses of the European institutions to be adapted. Below please find a list of addresses found in the document at hand which have been changed after the document was created. The list shows the old and new address, a reference to the page where the address was found and the type of address: http: and https: for web addresses, mailto: for e-mail addresses etc.

**Page:** 10      **Old:** mailto:tboden@europarl.eu.int  
**Type:** *mailto*      **New:** mailto:timothy.boden@europarl.europa.eu

---

**Page:** 10      **Old:** mailto:eschmutterer@europarl.eu.int  
**Type:** *mailto*      **New:** mailto:elke.schmutterer@europarl.europa.eu

---